

Zur Finanz- und Wirtschaftskrise (5/5)

Aussichten (Stand Ende 2013)

Bemerkungen zu den 5 Präsentationen über die Finanz- und Wirtschaftskrise

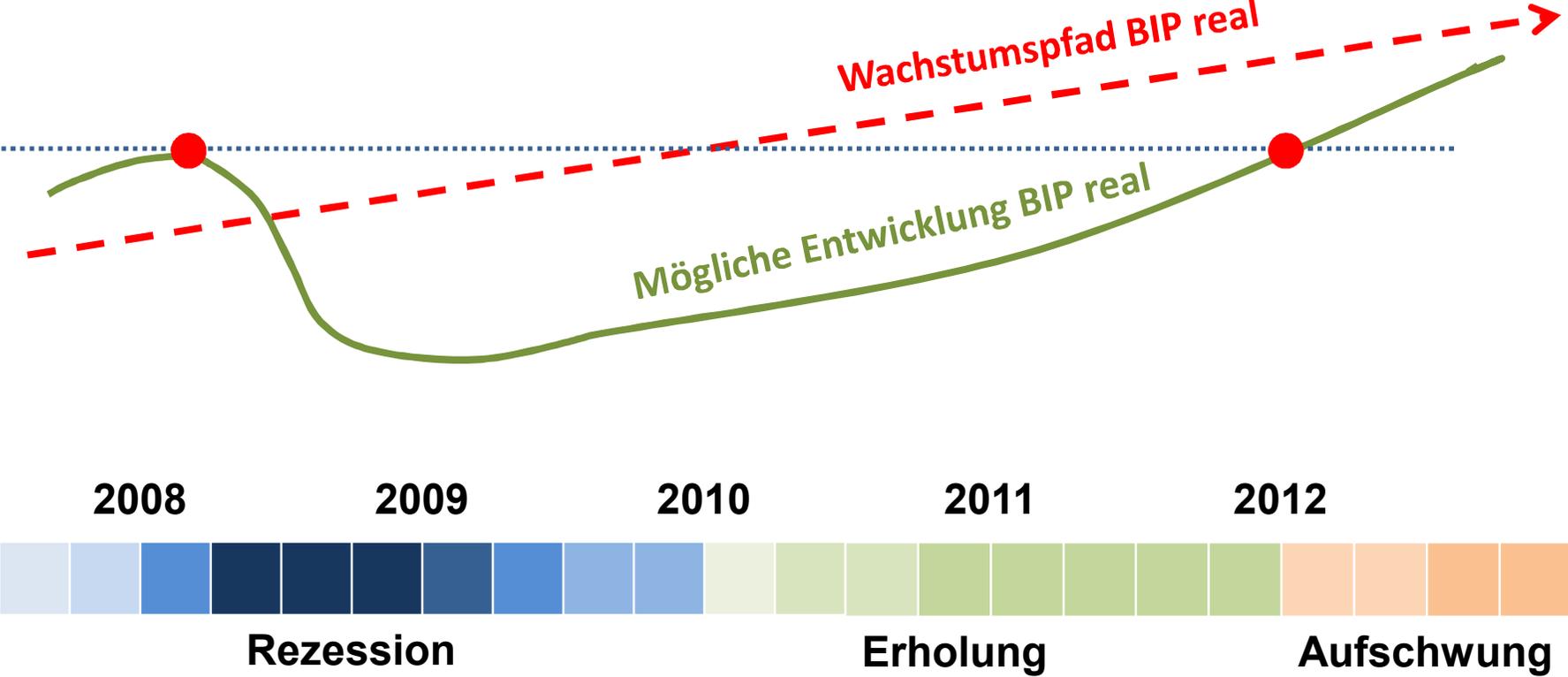
Der Anfang der Krise auf dem US-Immobilienmarkt war vorhersehbar, nachdem die amerikanische Notenbank (Fed) in den Jahren 2004 bis 2006 die Zinssätze schrittweise an hob. Das Ausmass der durch die Probleme auf dem Immobilienmarkt ausgelösten Finanz- und Wirtschaftskrise hat jedoch alle überwältigt.

Der Zweck dieser Präsentationen besteht darin, anhand von ausgewählten, authentischen Berichten, wie Grafiken, Bildern, Zeitungsausschnitten, Vorträgen, Ereignisse aufzuzeigen, wie sie im Verlauf der Berichterstattung zu diesem Thema durch die Medien den interessierten Leuten präsentiert worden sind.

Täglich wurden die Leute mit schlechten Meldungen konfrontiert. Interessierte, die die Entwicklungen in den Jahren 2008 bis 2013 etwas genauer verfolgen wollten, musste selber versuchen, sich ein Gesamtbild zu erarbeiten. Wer dies tat, konnte bald erkennen, wie vielleicht «wohlgemeinte», aber zu wenig durchdachte politische Entscheidungen, viele Jahre später unvorhergesehene, schädliche Wirkung auf die Volkswirtschaft vieler Länder haben können.

Okt. 2014 / Dr. Ulrich Fiechter

Im Sommer 2009 erwartete Entwicklung



Tiefe und Dauer von Rezessionen

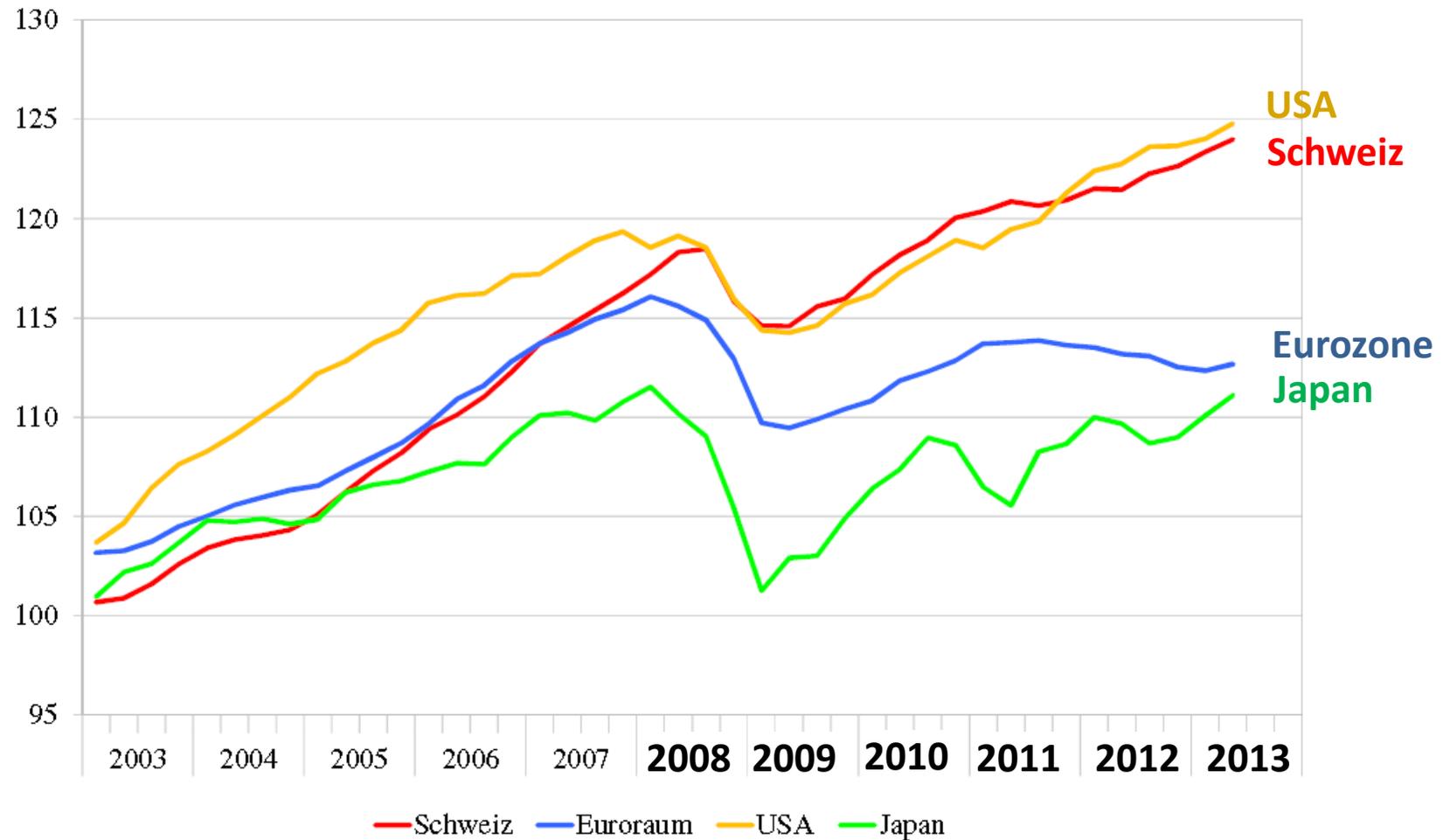
Ergebnisse des IMF aus einer Untersuchung von Rezessionen, die durch eine Finanzkrise hervorgerufen und gleichzeitig in 10 von 21 Industriestaaten feststellbar waren.

Phase	Rezession	Erholung	Aufschwung
Dauer:	ca. 2 Jahre	ca. 2 Jahre bis altes Niveau	ca. 6 Jahre
Intensität:	Δ BIP ca. – 4.8 %	Δ BIP ca. + 5 %	Δ BIP ca. + 19 %

Quelle: IWF, World Economic Outlook, April 2009, Chapter 3

Entwicklung BIP im Länder-Vergleich

Index, real, 2000 = 100, saisonbereinigte Werte

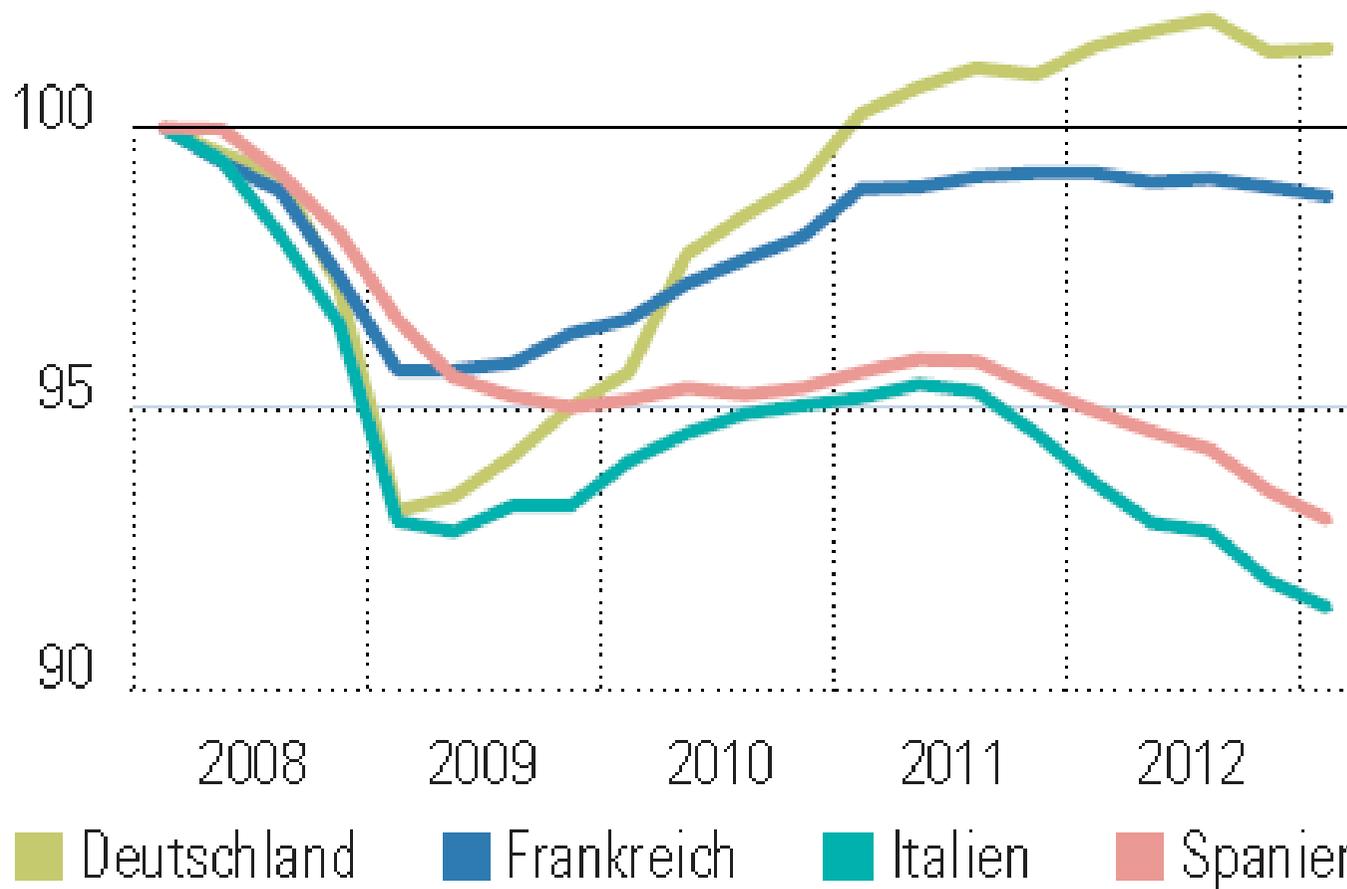


SECO Konjunkturtendenzen Herbst 2013

Quellen: SECO, Eurostat, BEA, Cabinet Office

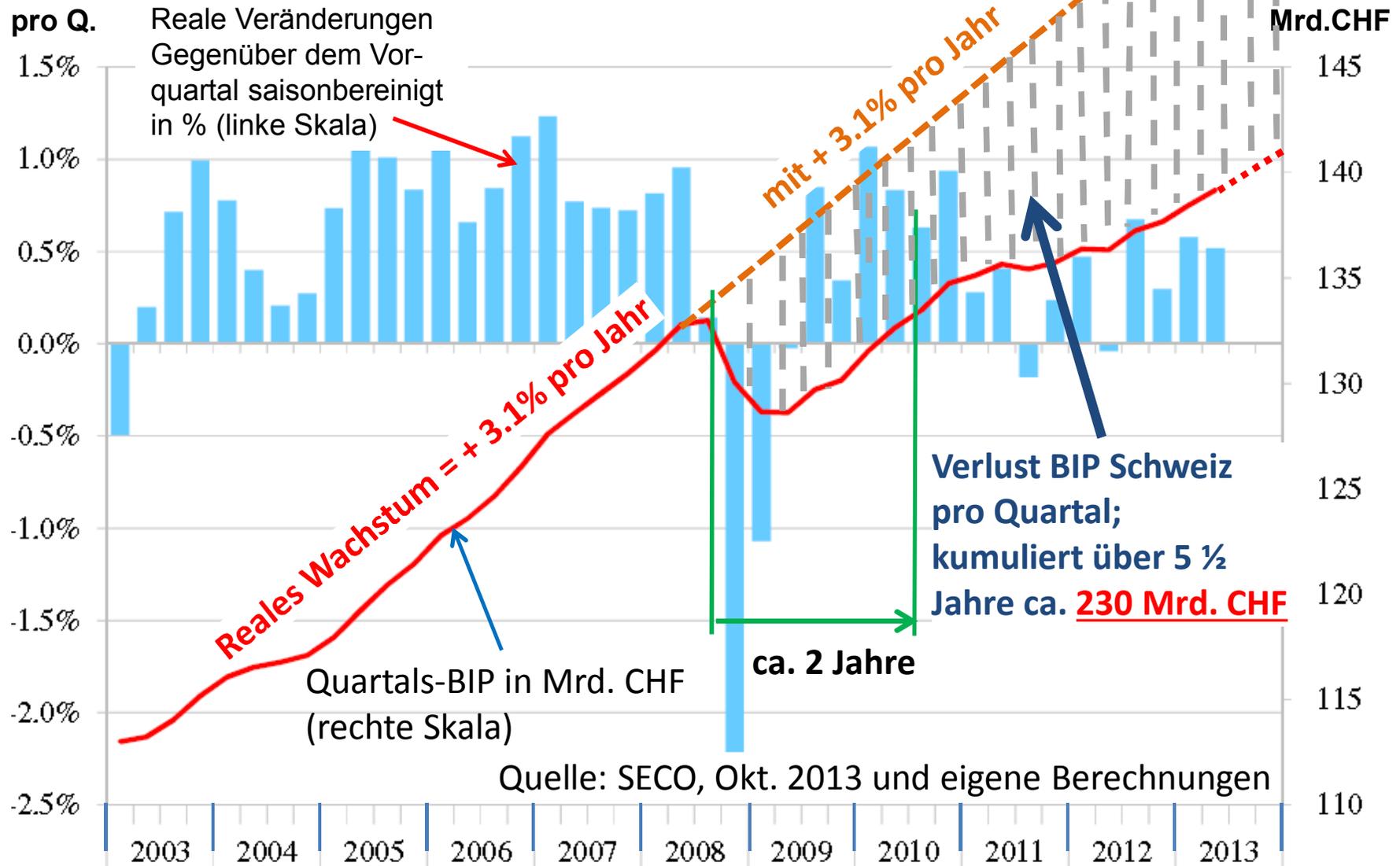
Entwicklung BIP in D, F, I und E

Reales Bruttoinlandprodukt, indexiert (1. Quartal 2008 = 100)

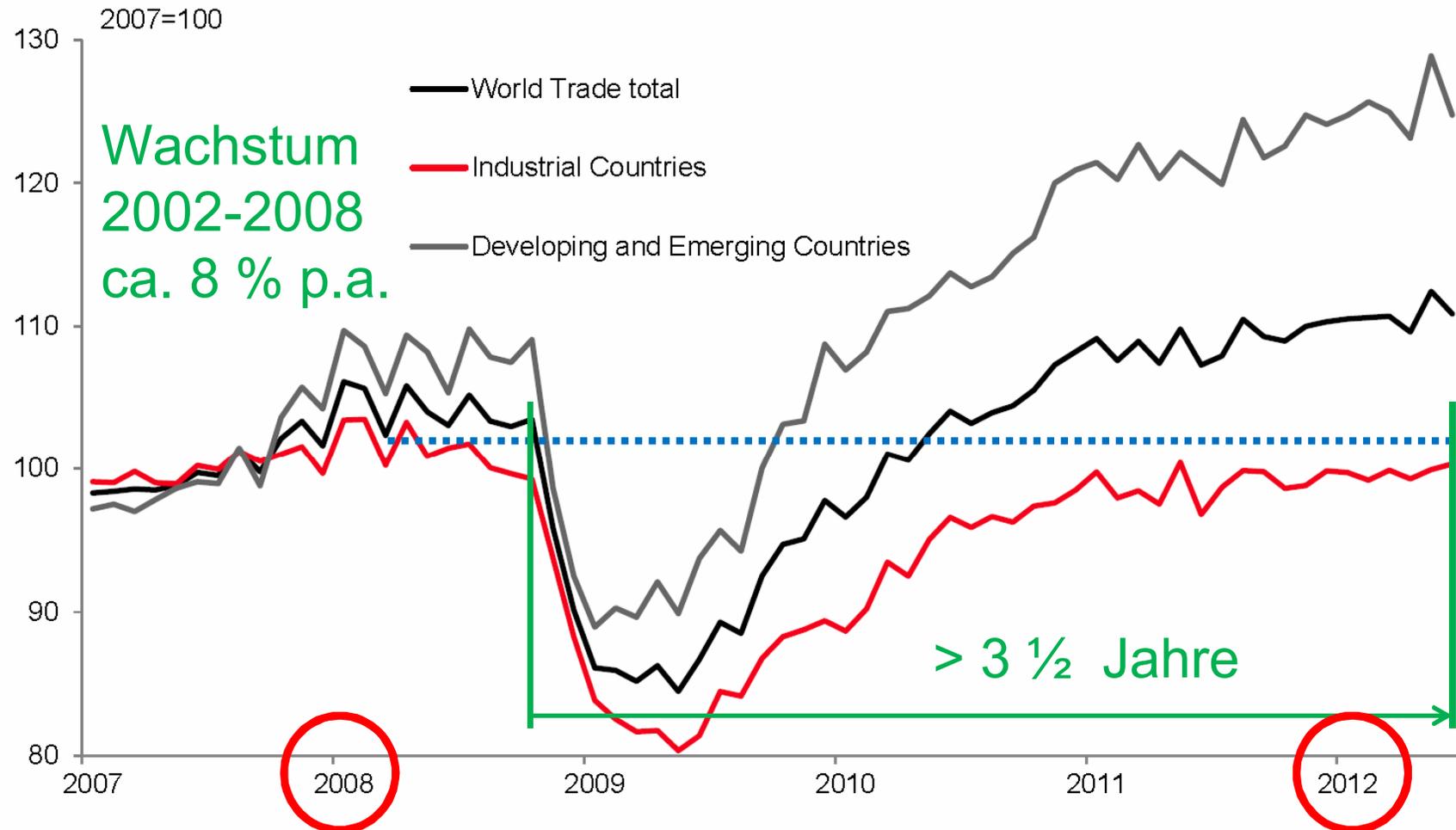


Quelle: OECD / NZZ Nr. 122, 30.5.2013

Was kostet uns die Krise bis Ende 2013?



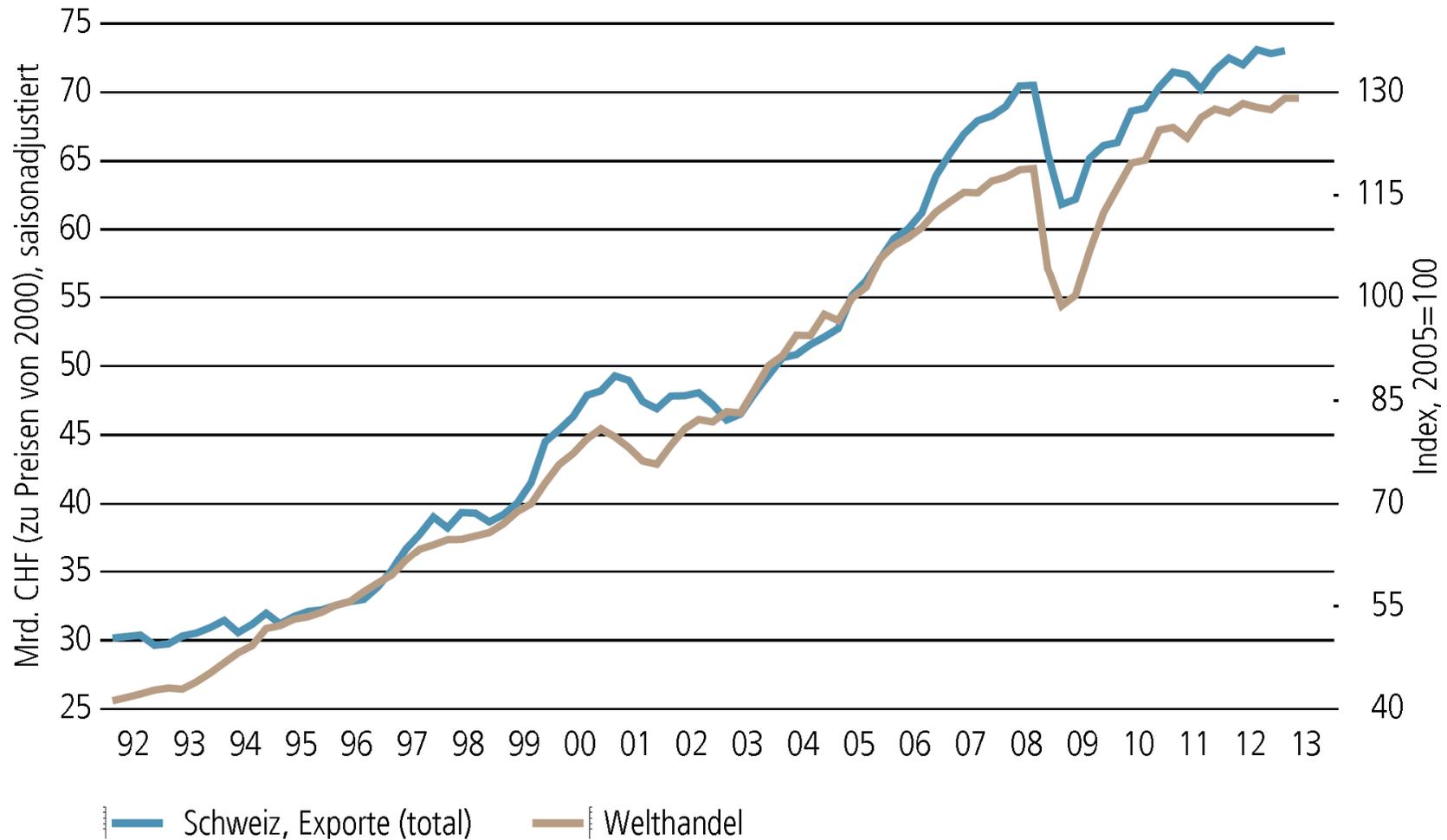
Welthandelsvolumen 2007 - 2012



Notes: Monthly Data.

Source: CPB World Trade Monitor.

Schweizer Exporte + Welthandel



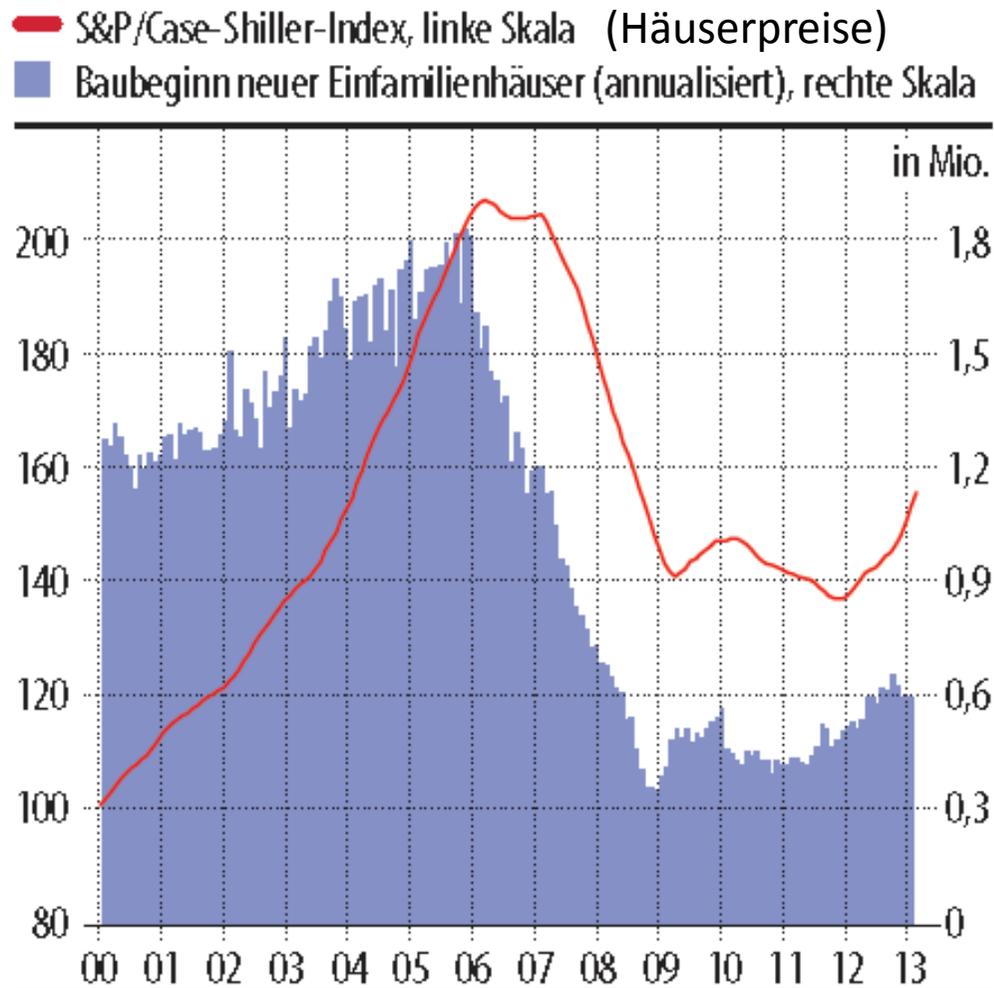
Quelle: SNB / UBS Chartset Schweiz, 4. Sept. 2013

USA: Alles hängt am Häusermarkt

Ben Bernanke (Präsident der US Notenbank) vertrat bereits 2008 die Auffassung, dass das Problem Nummer eins der Krise die sinkenden Häuserpreise sind. Sollten sich diese stabilisieren, dürfte auch die Kreditkrise abklingen und die ökonomische Entwicklung sich verbessern.

NZZ Nr. 79, 5./6. April 2008

USA



Quelle: St. Louis Fed, Datastream / Grafik: FuW, sk

FuW Nr. 57, 24.7.2013

US-Automarkt

(tiefe Zinsen und Ersatzbeschaffungen)

Monatlich verkaufte Einheiten, saisonbereinigt, in Millionen ? (eher in 0.1 Mio.)



Damit wurden im vergangenen Jahr so viele Autos verkauft wie seit dem Jahr 2007 nicht mehr – dem Jahr vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, als der Autoabsatz 16,6 Mio. Stück erreicht hatte. In den folgenden Krisenjahren brach der Absatz dann sukzessive ein und erreichte 2009 mit 10,4 Mio. Autos seinen tiefsten Punkt seit 27 Jahren.

QUELLE: HAVER ANALYTICS

NZZ-INFOGRAFIK/saf.

NZZ Nr. 3, 5.1.2013

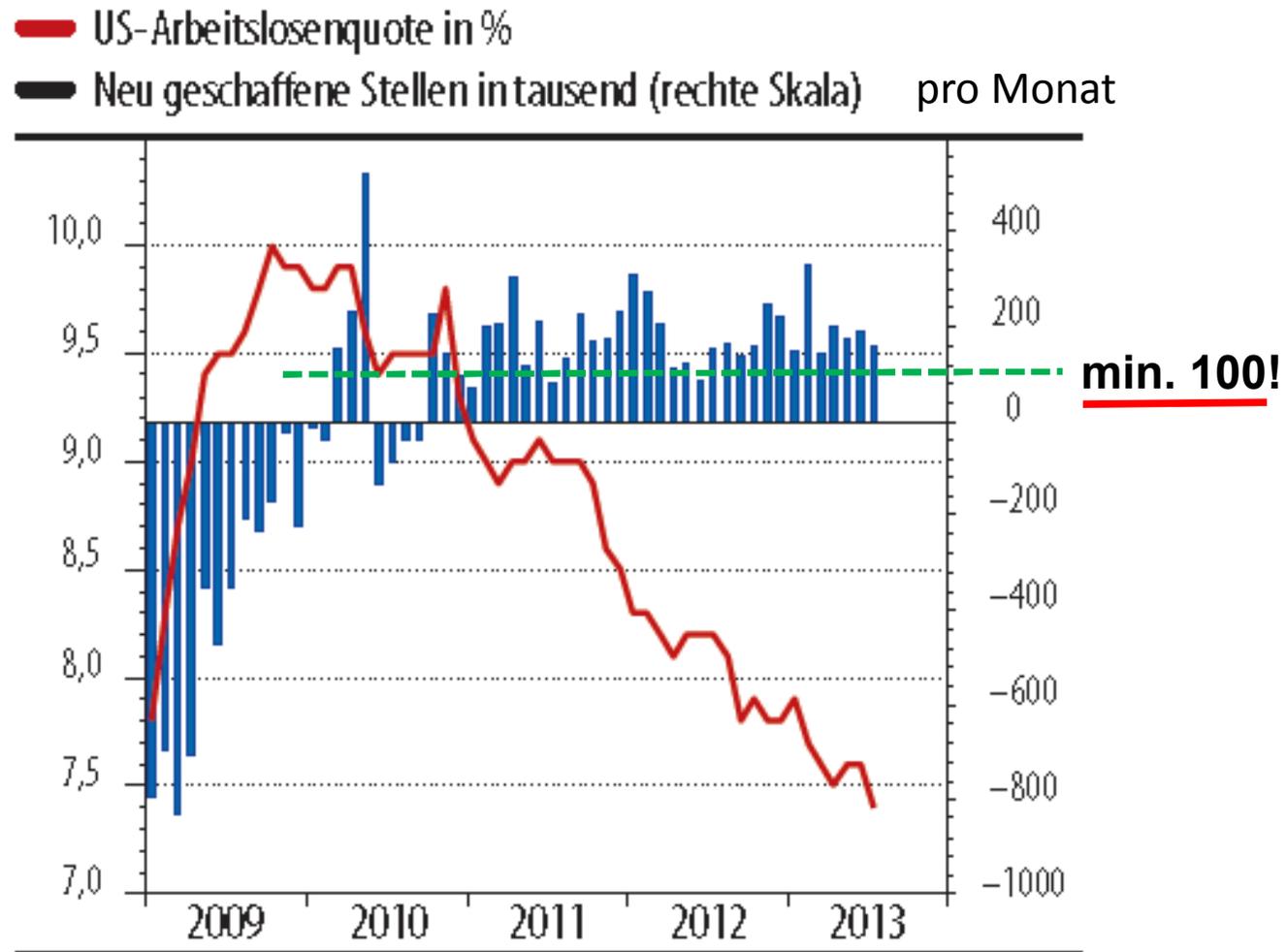
US Aktienmarkt 2003-2013



Zeitraum von 03.01.2003 bis 04.11.2013

UBS Quotes 6.11.2013

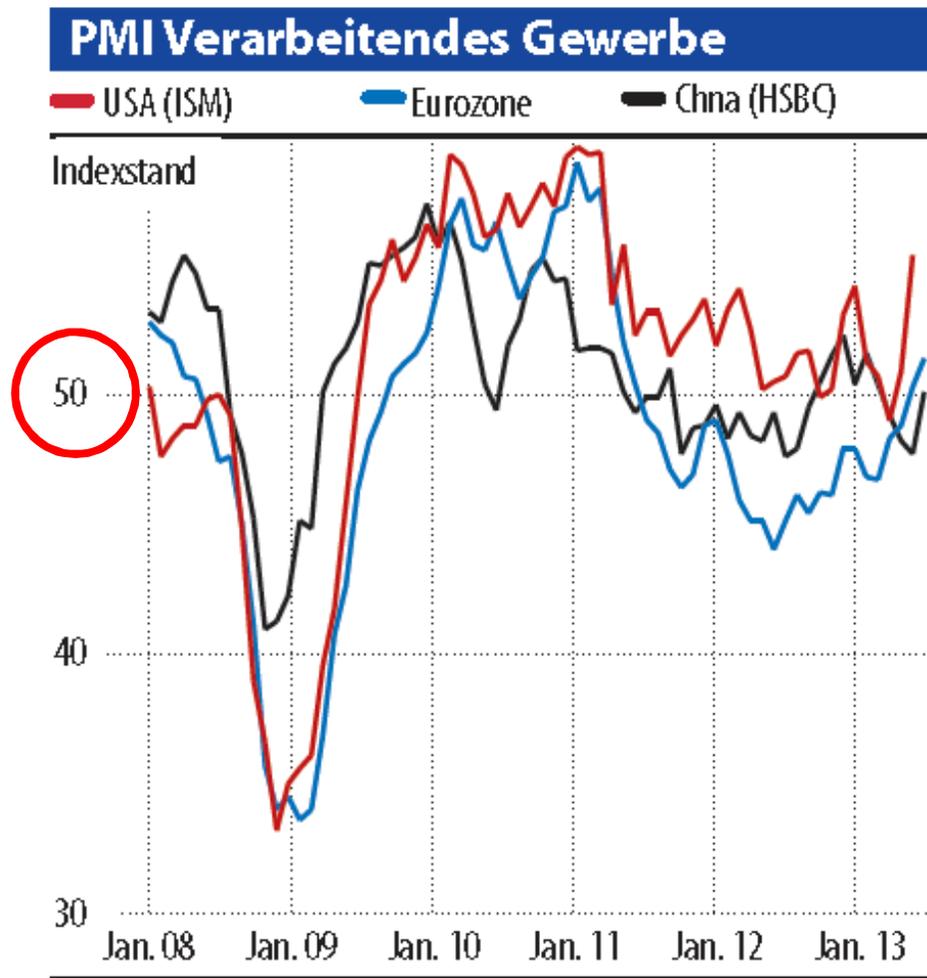
USA - Arbeitsmarkt



Quelle: Thomson Reuters / FuW

FuW Nr. 69, 4.9.2013, S. 17

Einkaufsmanagerindex (PMI)



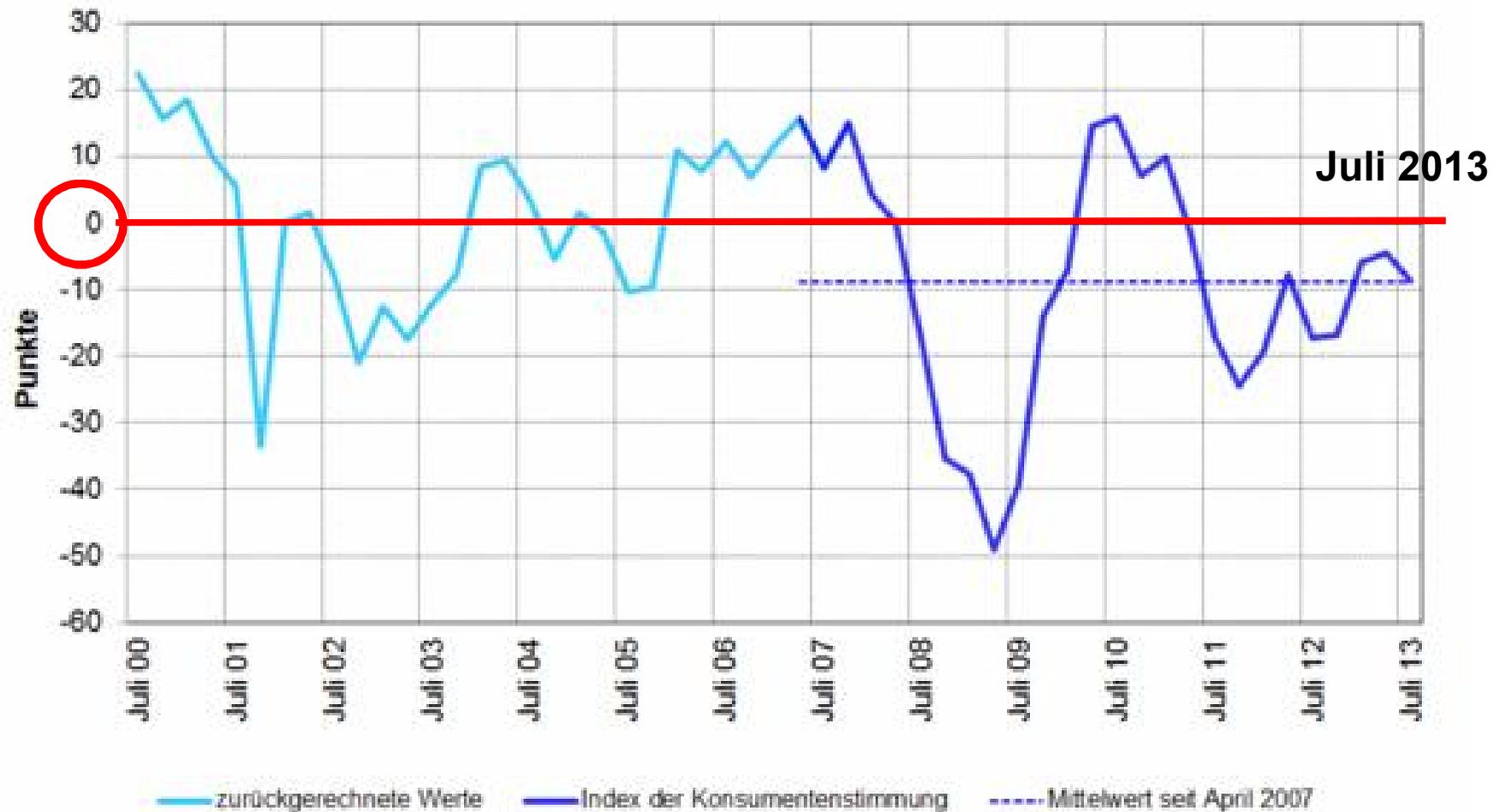
Quelle: Markit, Bloomberg / Grafik: FuW, sk

Der Einkaufsmanagerindex oder Purchasing Managers Index (PMI) misst die Veränderung der wirtschaftlichen Aktivität in einem Sektor. Monatlich werden die

Der wichtigste und älteste PMI, der des Institute for Supply Management (ISM) für das verarbeitende Gewerbe, bildet die Entwicklung der US-Industrie-produktion ab. Ein Wert über 50 signalisiert einen Produktionsanstieg. Der Index hat einen Vorlauf von drei bis sechs Monaten. Für einige Länder publiziert der Daten-

FuW Nr. 69, 4.9.2013, S. 17

CH-Index der Konsumentenstimmung

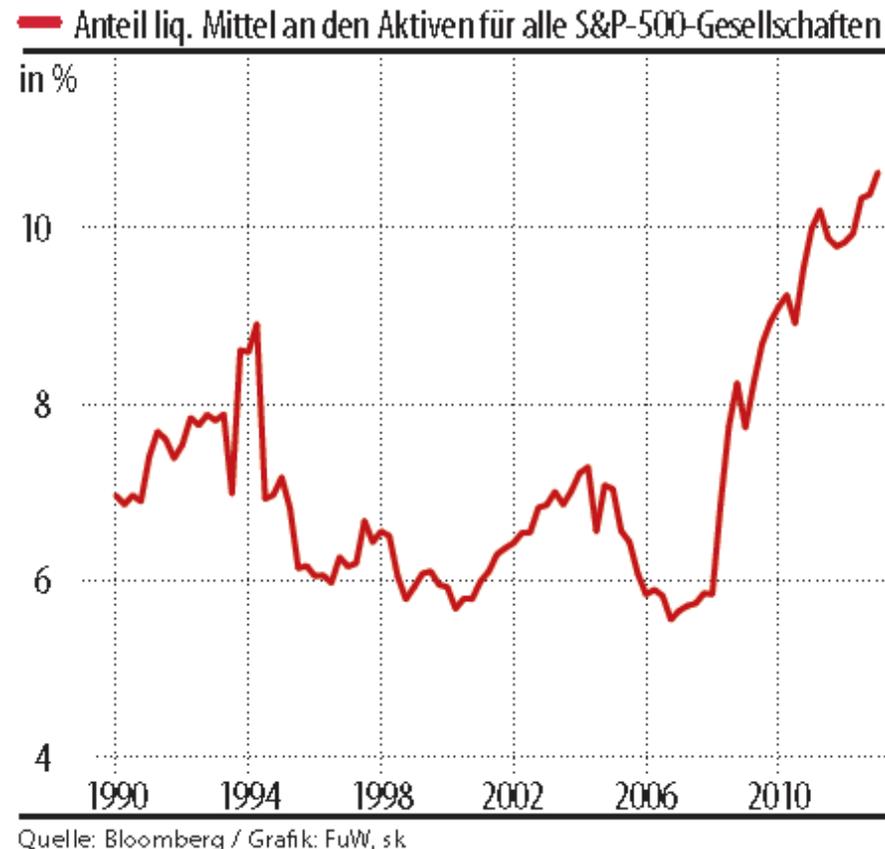


Quelle: SECO

US-Unternehmungen füllen ihre Kassen

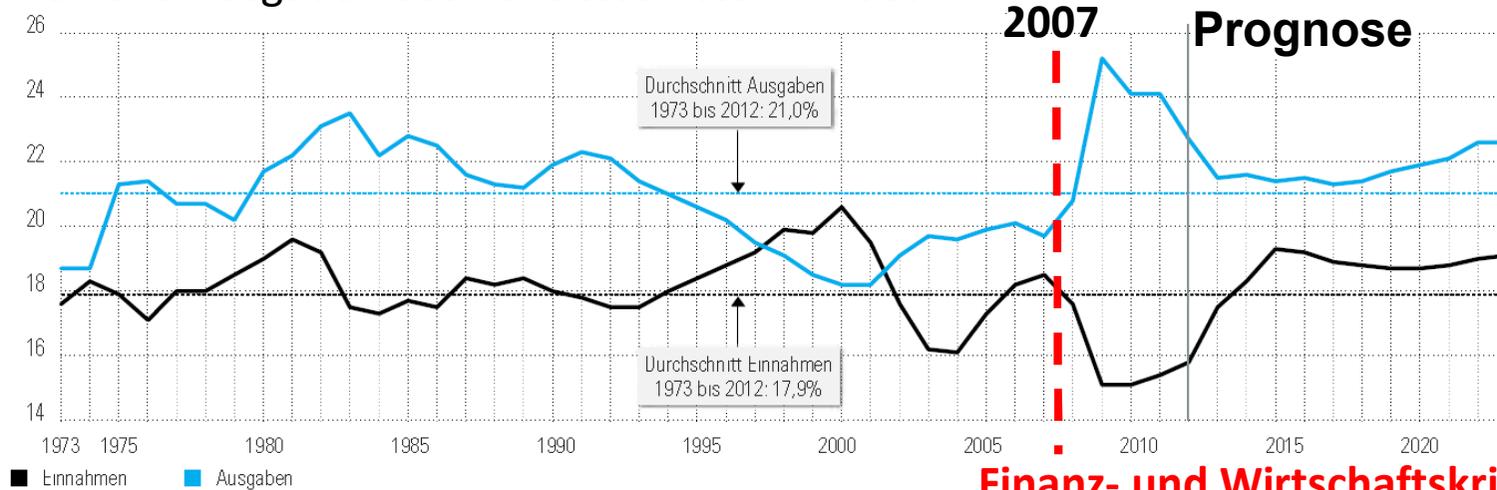
US-Unternehmen verfügen über hohe Bestände an liquiden Mitteln, aber sie trauen der expansiven Geldpolitik nicht und sind deshalb zurückhaltend mit Investitionen!

FuW Nr. 58, 27.7.2013



USA

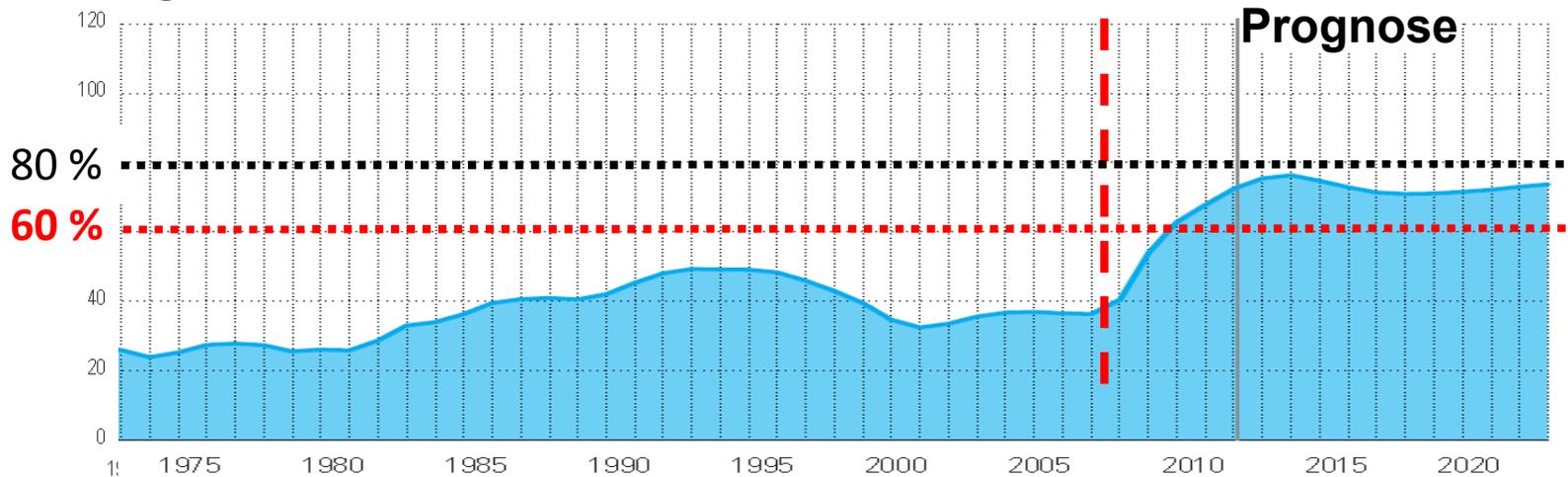
Einnahmen und Ausgaben des Bundesstaates in % des BIP



Finanz- und Wirtschaftskrise



Verschuldung in % des BIP



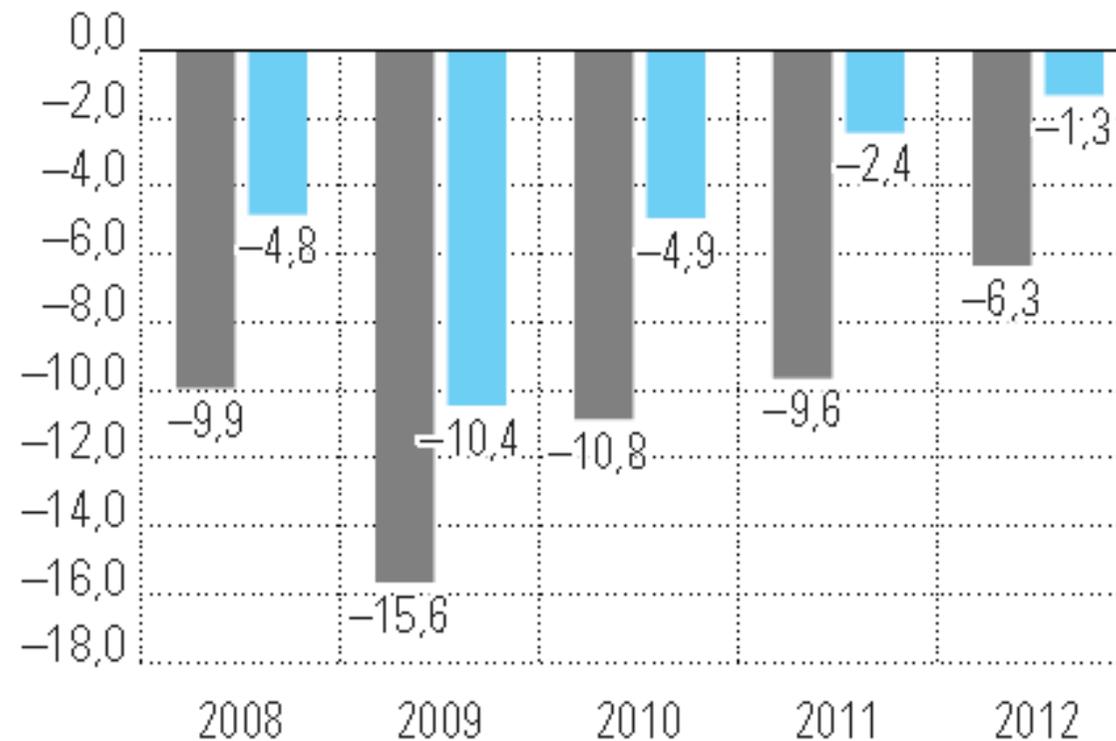
QUELLE: CBO

NZZ Nr. 205, 5.9.2013

Griechenland

Saldo des Staatshaushalts

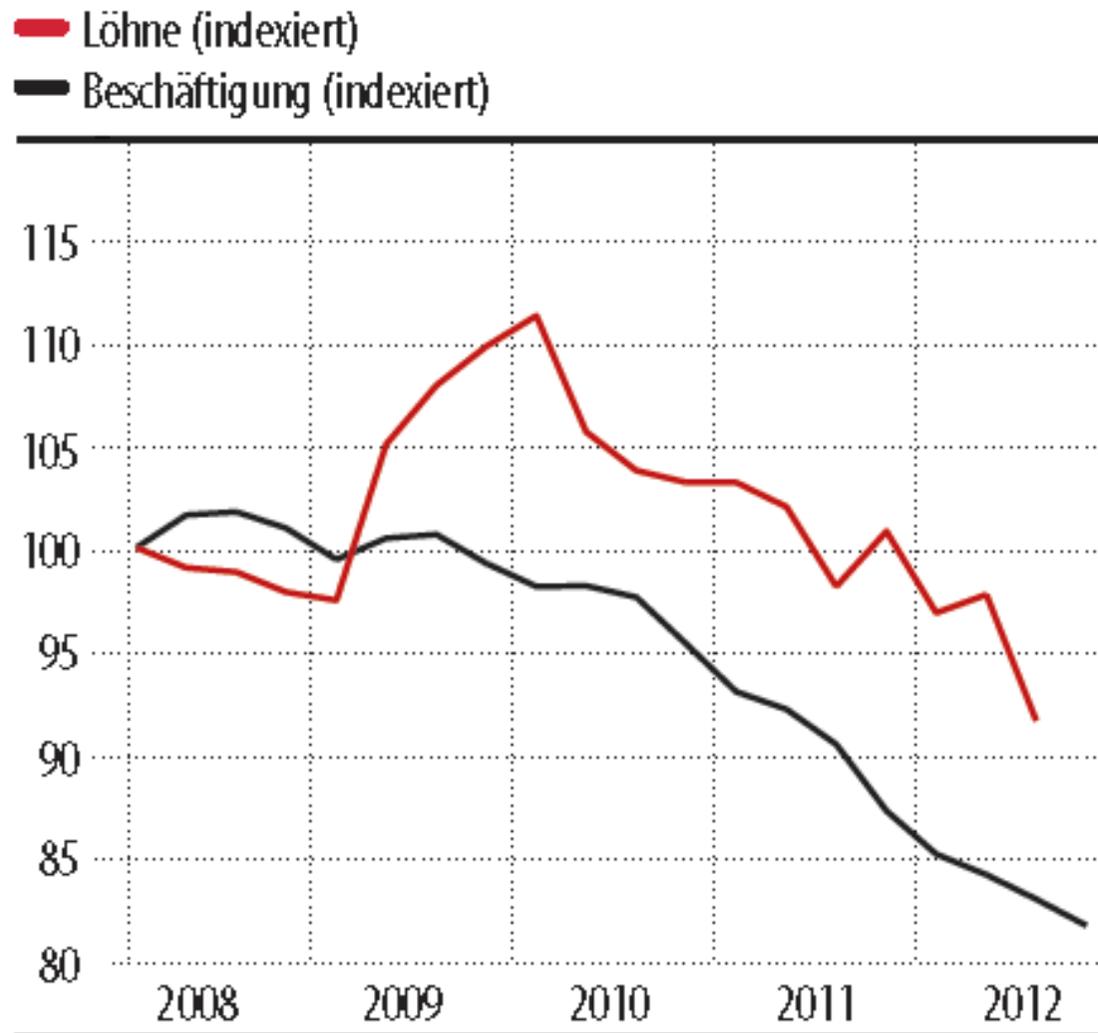
In % des BIP



■ Haushaltssaldo ■ Primärsaldo (o. Zinszahlung + Schuldentilgung)

QUELLEN: BERENBERG BANK UND LISBON COUNCIL, GRIECHISCHES FINANZMINISTERIUM, IMF NZZ Nr. 213, 14.9.2013

Griechenland - Interne Abwertung



Quelle: O'Rourke und Taylor: Cross of Euros (2013) / Grafik: FuW, sk

FuW Nr. 63, 14.8.2013, S. 18

Spanien

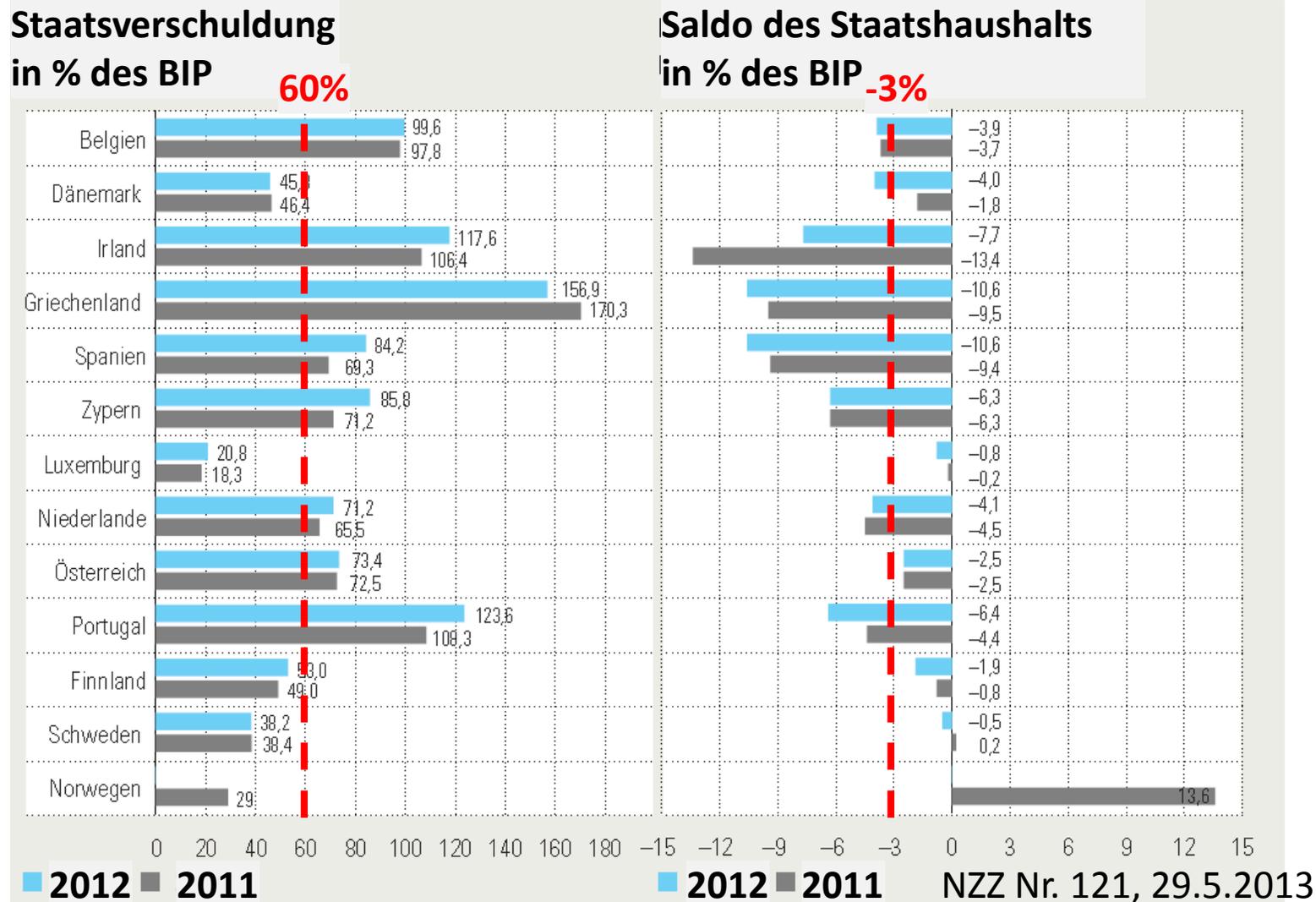
Haushaltsdefizit, in % des BIP



QUELLEN: SPANISCHES MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND VERWALTUNG, SPANISCHES STATISTIKAMT, SPANISCHE ZENTRALBANK, EUROSTAT UND BLOOMBERG

NZZ Nr. 179, 6.8.2013

Staatsverschuldung + Defizit



Schweiz: Was wäre, wenn wir 100% hätten?

Im Jahr 2012		<u>Mrd.CHF</u>
BIP		592
Schulden	Bund	113
	Kantone	59
	Gemeinden	59
	Total	231

Vergleich mit den Ausgaben		
Zahlen von 2010	<u>Mrd.CHF</u>	
Ausgaben	Bund	60
	Kantone	75
	Gemeinden	43
	Total	178

% von BIP = 39%

Vergleich: Schulden v. BIP
oder in CHF

39 %
231 Mrd.CHF
4.6 Mrd.CHF
9.2 Mrd.CHF

ca.

100 %
600 Mrd.CHF
12 Mrd.CHF
24 Mrd.CHF

Zinsen pro Jahr Var. I: 2 %
Var. II: 4 %

Rückzahlung von 40%, um von 100% auf 60% von BIP zu kommen

240 Mrd.CHF

innerhalb von 10 Jahren ergibt pro Jahr

24 Mrd.CHF

Zu den Maastrichtkriterien

(Beispiel zur Aussage „Kein Defizit ohne Wachstum!“)

Jahr	1	2	3
BIP	100	105	110
Veränderung		+ 5 %	+ 4.8 %
Defizit	3	3	3
in % von BIP	3 %	2.9 %	2.7 %
Schuld	60	63	66
in % von BIP	60 %	60 %	60 %

Zum Abbau der Staatsverschuldung in % des BIP braucht es je nach Höhe des Wirtschaftswachstums geringere Defizite oder Budget-Überschüsse!

Enteignung im Euroraum (1)

Erzwungene Umschichtungen von privaten Pensionsfonds an den Staat

- Ende 2010 Regierung in Frankreich: Der Solidaritätsfonds für Rentner („Fonds de Réserve pour les Retraites“) muss langfristig diversifizierte Gelder in kurzfristige Staatstitel anlegen.
- Regierung in Dublin: Ein nationaler Rentenfonds („National Pension Reserve Fund“) wird für die Rekapitalisierung maroder Banken umfunktioniert. Zudem wird eine Steuer von 0.5 % für private Pensionsfonds eingeführt.

NZZ Nr. 267, 15.11.2012 (Enteignung durch negative Realzinsen)

Enteignung im Euroraum (2)

Erzwungene Umschichtungen von privaten Pensionsfonds an den Staat

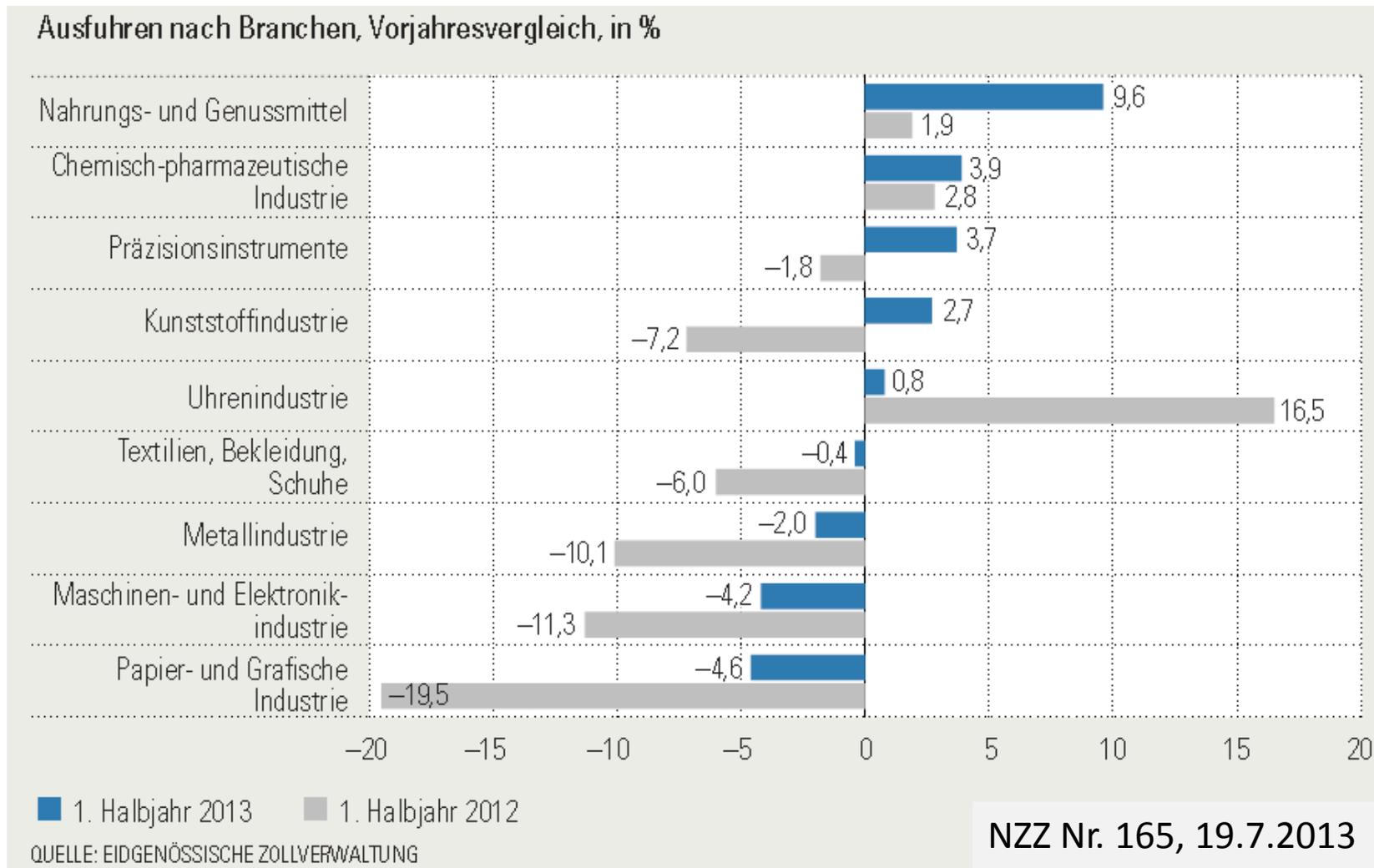
- Spaniens Finanzministerium: Gewisse Einlagen werden mit schlechteren Zinssätzen verzinst.
- Regierung in Portugal: Der Pensionsfonds der privaten portugisischen Telecom wird zurück zum Staat verschoben (Der Staat verzeichnet 2.8 Mrd.€ Sondereinnahmen oder 1.6 % des BIP und dadurch Zielerreichung zur Defizitreduktion).
- Ungarn: Die Regierung zwang alle privat für die Rente vorsorgenden Bürger zurück ins staatliche Rentensystem (Sondereinnahmen für den Staat von 10 Mrd. € od. 9.5 % des BIP).

NZZ Nr. 267, 15.11.2012

Wie hoch ist der faire Wechselkurs?



Schweiz Exporte 1. Halbjahr 2013



Banken werden gebüsst

Was ist noch zu erwarten?

Bussen in Millionen Dollar

Geldwäscherei/Verletzung von Sanktionen

HSBC	Dez. 2012	1900
Standard Chartered	Aug./Dez. 2012	667
ING	Juni 2012	619
Credit Suisse	Dez. 2009	536
Royal Bank of Scotland		500
Lloyds TSB		350
Barclays	Aug. 2010	298

Steuerbetrug

UBS	Febr. 2009	780
Wegelin	Jan. 2013	74

Hypothekenbetrug

Bank of America	Jan. 2013	11 700
Zehn weitere Banken	Jan. 2013	8,6
Fünf weitere Banken	Febr. 2012	25 000
Deutsche Bank		355

Libor-Manipulation

UBS	Dez. 2012	1500
Barclays	Juni 2012	470
Royal Bank of Scotland	Juni 2012	233

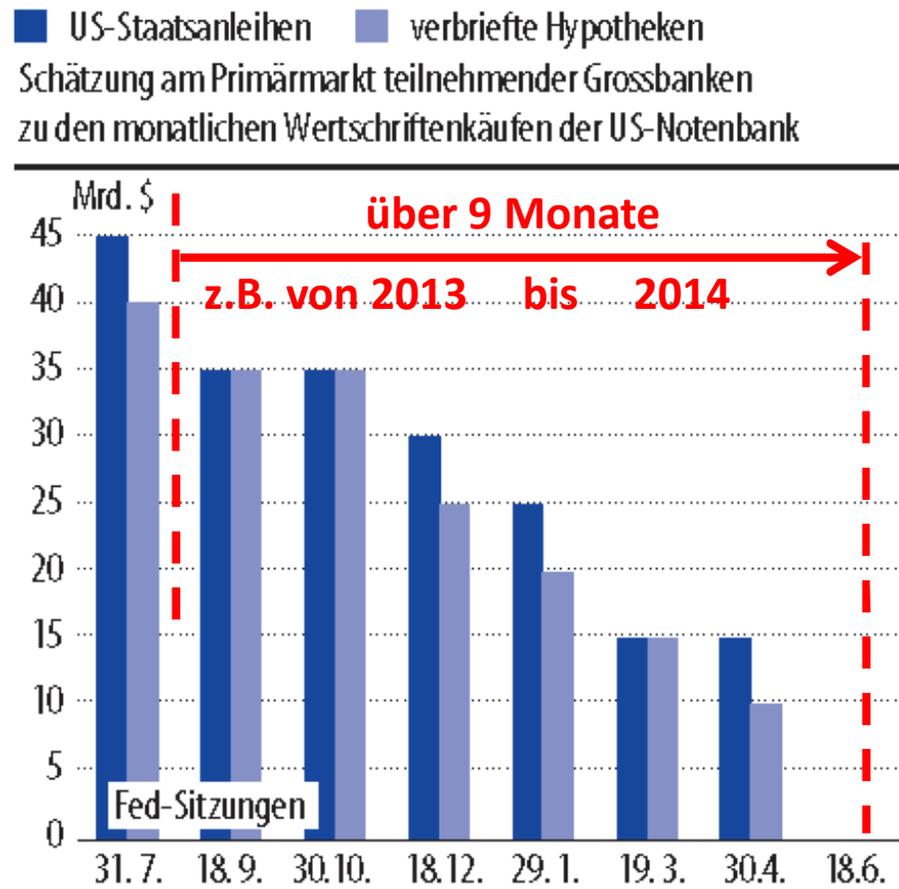
Anmerkung:
Die Bussen bestehen meist auf einem Mix
von Strafgeldern und Wiedergutmachung.

TA-Grafik mt

Der Bund, 17.1.2013

Wie reduziert das Fed die Käufe?

Möglicher Zeitplan zum Tapering



FuW Nr. 66, 24.8.2013, S. 19

Abzug der Gelder und Wechselkurse

Ben Bernanke,
Präs. US-Notenbank

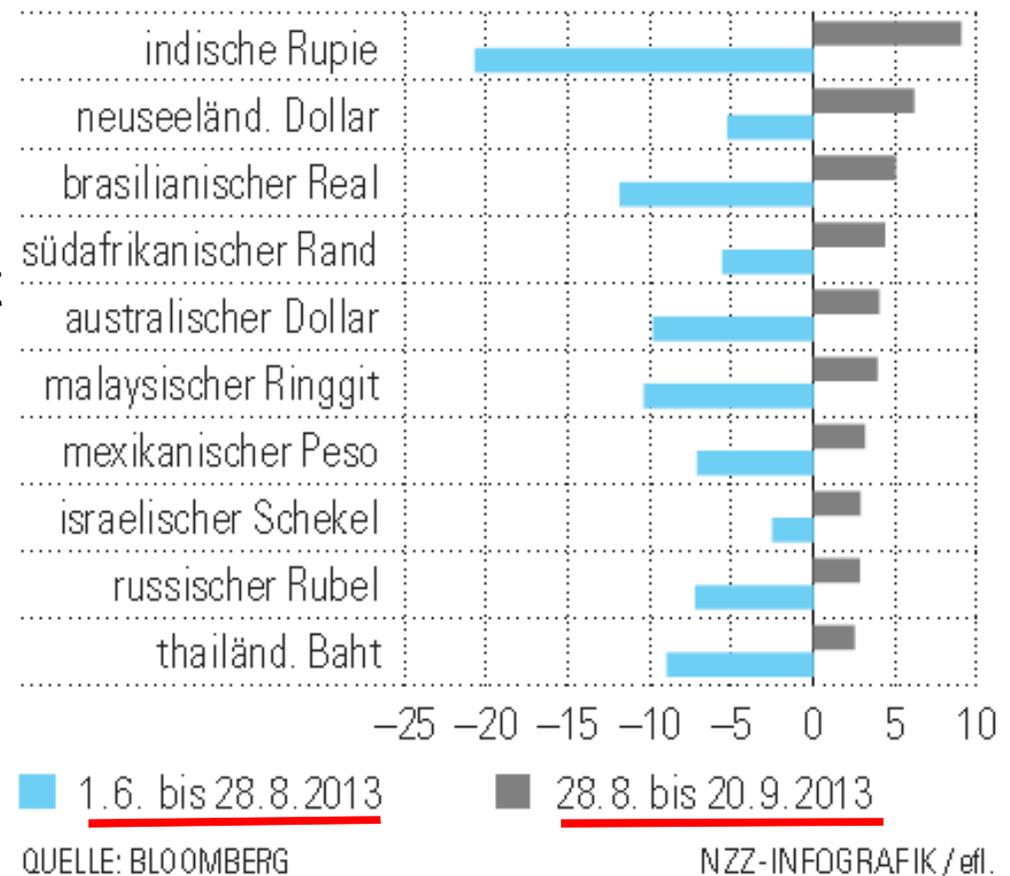
Ende Mai 2013
Käufe könnten reduziert
werden.

18. Sept. 2013
Die Käufe werden
vorläufig nicht reduziert

NZZ Nr. 219, 21.9.2013

Schwächste und stärkste Währungen

in % im Verhältnis zum Franken



Asiens Schwellenländer

Wie reagierten die Aktienkurse im Sommer 2013 nach den Andeutungen von Ben Bernanke Ende Mai 2013?

Die Leitindizes von Indien, Indonesien und Thailand im Vergleich zum S&P-500-Index in den letzten 3 Monaten



Indien

Indonesien

Thailand

NZZ aS, 25.8.2013

Einige Massnahmen in der EU

Erster Pfeiler

- Stärkere Überwachung der Finanzpolitik der Mitgliedstaaten (Sixpack; 3%- und 60%- Regeln)
- Einführung einer Schuldenbremse (Fiskalpakt, nicht alle Staaten haben unterzeichnet)
- Budgetentwürfe jeweils im Herbst vorlegen (Two-Pack)
- EU-Debatten über die nationale Haushalts- und Wirtschaftspolitik (Europäisches Semester)
- Weitergehende Koordination der Wirtschaftspolitik (Euro-Plus-Pakt)

NZZ Nr. 23, 29.1.2013

Einige Massnahmen in der EU

Zweiter Pfeiler: Der ESM

Ht. · Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der permanente Euro-Krisenfonds, kann Euro-Staaten in finanziellen Schwierigkeiten mit Darlehen und weiteren Finanzinstrumenten unter die Arme greifen. Gewährt wird der Beistand unter Auflagen (Durchführung von Sanierungsschritten). Deren Einhaltung wird periodisch kontrolliert, in der Regel durch eine «Troika» aus Vertretern von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Neben

Die nötigen Mittel für alle Programme beschafft sich der ESM auf dem Kapitalmarkt. Abgesichert ist er durch ein von allen Euro-Staaten gezeichnetes Eigenkapital. Seine maximale Kreditvergabekapazität beträgt 500 Mrd. €. Stand: Operativ seit Oktober 2012 (derzeit arbeitet er im Rahmen einer Übergangsregelung parallel zum provisorischen Krisenfonds EFSF).

NZZ Nr. 23, 29.1.2013

Einige Massnahmen in der EU

Dritter Pfeiler: Die „Bankenunion“ oder „Finanzmarktunion“

- Aufsicht: Unter dem Dach der EZB wird ein einheitlicher „Aufsichtsmechanismus“ (SSM) für Banken eingerichtet
- Abwicklung: Regeln, die das „too big to fail“-Problem angehen
- Einlagensicherung: Soll unter den Staaten stärker harmonisiert werden
- „Single Rule Book“: Gleiche Regeln für alle Banken (u.a. Eigenkapital)
- ESM: Direkte Rekapitalisierung einzelner Banken

USA (Juli 2010, 848 Seiten!)

Dodd–Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act

Förderung der Stabilität des Finanzmarkts, durch eine Verbesserung der Verantwortlichkeit und der Transparenz im Finanzsystem, der Beendigung des faktischen Zwangs zur Rettung von Finanzdienstleistungsunternehmen („too big to fail“), des Schutzes der amerikanischen Steuerzahler durch die Beendigung von staatlichen Rettungen von Finanzdienstleistungsunternehmen („bailouts“) und des Schutzes der Konsumenten vor missbräuchlichen Praktiken bei Finanzdienstleistungen.

(Glass-Steagal Act von 1933)

Für die Banken: Basel III

Swiss Finish Schweiz erlässt die schärfsten Vorschriften

Wie bei Basel II müssen die Schweizer Banken auch unter dem neuen Basel-III-Regime darüber hinausgehende Kapitalanforderungen erfüllen. So verlangt die Finanzmarktaufsicht (Finma) von den beiden Grossbanken, dass sie bis 2019 – wenn das neue Regelwerk voll wirksam wird – Eigenmittel von 19 Prozent der risikogewichteten Aktiven halten. Mindestens 10 Prozent müssen dem harten Kernkapital gemäss Basel III entsprechen, also aus Aktienkapital und einbehaltenen Gewinnen bestehen.

Die restlichen 9 Prozent können über Wandlungskapital bereitgestellt werden, sprich: durch Emission von Pflichtwandelanleihen (Cocos), die beim Eintritt eines vordefinierten Ereignisses in Eigenkapital umgewandelt werden. Auch die übrigen Schweizer Banken unterliegen verschärften Vorschriften: Sie müssen Eigenmittel von mindestens 10,5 bis 14,4 Prozent der risikogewichteten Aktiven ausweisen, je nach ihrer Grösse. Die hiesigen Anforderungen gelten damit als die weltweit anspruchsvollsten. (rm.)

Der Bund, 5.12.2012

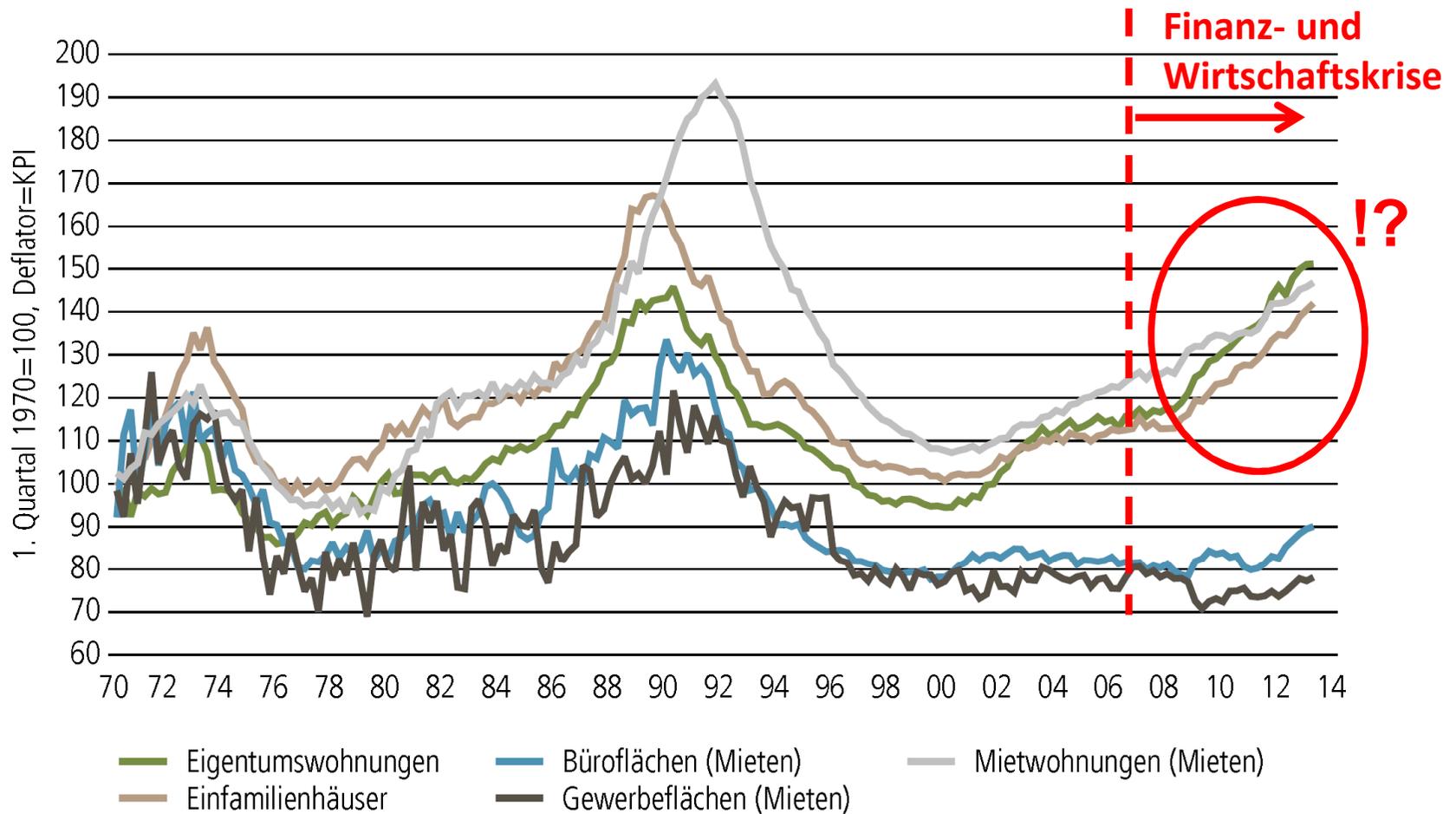
Besteht Inflationsgefahr?

- Viele Banken haben die durch die Notenbanken zusätzlich bereitgestellten Mittel wieder bei der Notenbank parkiert.
- Ein Teil der Gelder fließt in Hypothekarkredite und auf Aktienmärkte (im In- und Ausland) – Inflation auf den Immobilienmärkten und den Aktienmärkten.
- Solange diese zusätzlichen Gelder nicht für den Konsum verwendet werden, treiben sie die Preise der Konsumgüter nicht in die Höhe.

Immobilienpreise Schweiz

Immobilienpreisindizes (real)

2007

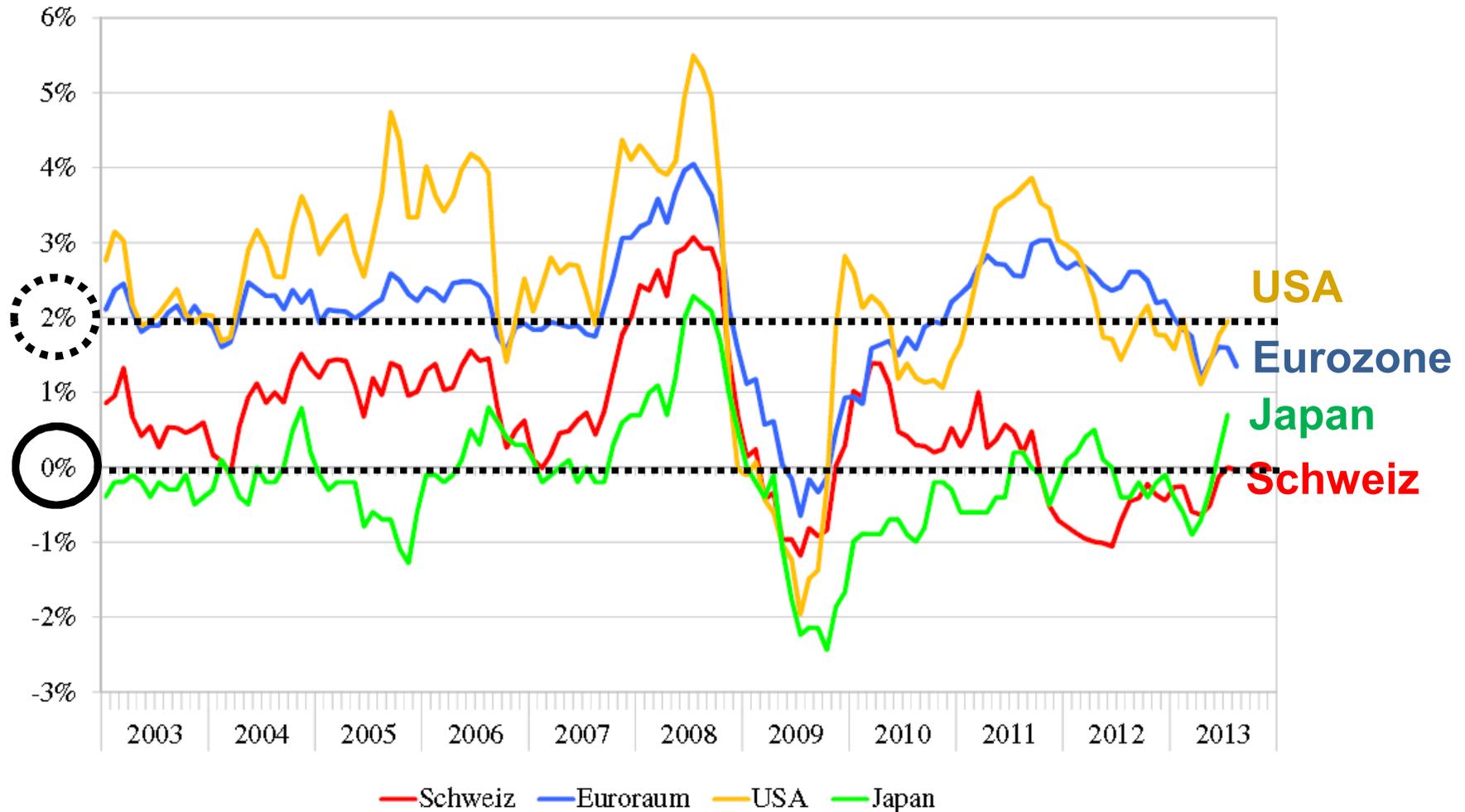


UBS Chartset Schweiz, 4. Sept. 2013

Quelle: Wüest und Partner, UBS

Inflation (Konsumteuerung)

Konsumteuerung, Veränderungsraten in % gegenüber dem Vorjahr

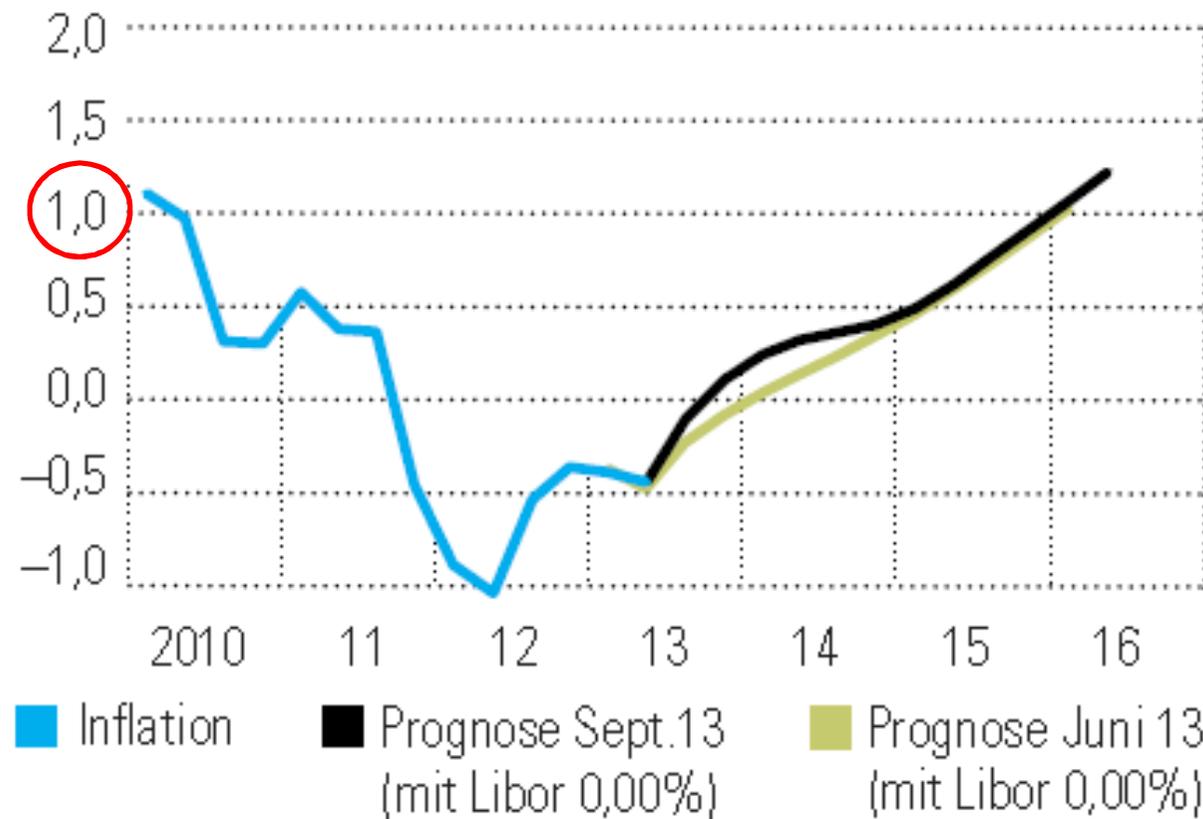


SECO Konjunkturtendenzen Herbst 2013

Quellen: BFS, Eurostat, EZB

Inflationsprognose der SNB

Veränderung der Konsumentenpreise gegenüber Vorjahr, in %



QUELLE: SNB

NZZ Nr. 218, 20.9.2013

Abschöpfung der Gelder?

Ein paar mögliche Massnahmen von Zentralbanken zur Sterilisierung des geschöpften Geldes:

- Befristete Kredite zurückfordern.
- Längerfristige Kredite an die Geschäftsbanken kürzen (dann reduzieren die GB ihre Kredite an die Unternehmungen!) und die Zinsen steigen.
- Wertpapiere aus eigenem Bestand verkaufen.
- SNB: Schuldverschreibungen ausgeben (SNB-Bills, Laufzeit 12 Monate) und Devisen verkaufen.

Tendenzen International

- In den USA sinkt die Arbeitslosigkeit; der Häusermarkt hat sich auf tiefem Niveau stabilisiert
- Die rasch aufgebauten Schulden (USA, GB, Euro-Zone) müssen jetzt abgebaut werden. Dies wird viele Jahre dauern (dämpft das Wachstum).
- Viele Staaten reduzieren ihre Defizite (Erhöhung der Steuern und Reduktion der Ausgaben)
- Der Rettungsring für Euro-Krisenländer steht + wird beansprucht (neu 2012: Zypern + Spanien).
- Neuer Handelsprotektionismus schränkt uns ein.

Tendenzen in der Schweiz

- Steuereinnahmen gehen zurück.
- Jeder zweite Kanton rechnet bereits für 2013 mit einem Defizit, Sparpakete werden für 2014 geschnürt.
- Der starke CHF und der schlechte Wirtschaftsgang in den Hauptabsatzgebieten beeinträchtigt die Exportwirtschaft.
- Positiver Beitrag zum BIP: Seit ca. 10 Jahren haben sich Rohwarenhändler in der Schweiz angesiedelt (in GE, VD, ZG, ZH)

Zwei mögliche Entwicklungen

- Die geldpolitischen Zügel müssen gestrafft werden und dies treibt die Zinsen in die Höhe. Es entsteht ein Druck auf die Immobilienpreise, Hypothekarschuldner und eventuell auch Banken geraten in Schwierigkeiten.
- Die zusätzlichen Notenbankgelder können nicht rasch genug abgeschöpft werden und werden für den Konsum eingesetzt. Die Preise für die Güter des täglichen Bedarfs steigen, Kaufkraftverlust und kein Teuerungsausgleich auf Renten.